

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

23.3.1927 (No. 69)

Expedition:
 Karlsruher
 Straße Nr. 14
 Fernsprecher:
 Nr. 953
 und 954
 Postkontokonto
 Karlsruhe
 Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
 für den
 redaktionellen
 Teil
 und den
 Staatsanzeiger:
 Chefredakteur
 E. A. M. e. n. d.
 Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifferter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Abrechnung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontoführung fallen die Kosten der Zeitung verhältnismäßig in beschränktem Umfang oder nicht ein. Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfächer und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Verzögerungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralschulverzeichnis für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Südamerika und die französische Propaganda

Wie sehr man in Südamerika der französischen, gegen Deutschland gerichteten Stimmungsmache müde geworden ist, und wie man dort die französischen Absichten durchschaut, beweist ein Artikel in einer der größten Zeitungen Montevideos, „El Dia“. Es geht daraus hervor, daß die Wälder Südamerikas gelegentlich der Aufhebung der Militärkontrolle über Deutschland von Frankreich aus mit Material versorgt worden sind, worin der Revanchegedanke Deutschlands und dessen angebliche kriegerischen Vorbereitungen in den düstersten Farben geschildert worden sind.

Unter Bezugnahme auf einen in diesem Sinne geschriebenen, von einem französisch eingestellten Blatte veröffentlichten Artikel führt sich „El Dia“ veranlaßt, dem Verfasser eine scharfe Abfuhr zuteil werden zu lassen. Es wird gesagt: „Wer ein wenig in der französischen Politik Bescheid weiß, dem ist es bekannt, was er von solchem Alarm zu halten hat. Glücklicherweise ist die Welt nicht mehr so einfältig wie in der Kriegszeit, als es fast kein Land gab, das nicht mit Herz und Seele dem geliebten Frankreich in seinem Kampfe „für die Zivilisation und die Freiheit der kleinen Völker“ gegen „deutsche Barbarei“ und „deutschen Militarismus“ beigefallen hätte.

Aber noch immer glauben einige Schriftsteller, wie z. B. ein gewisser Moriconi de Lyon, von dem wir vermuten, daß er trotz seines italienischen Namens Franzose vom reinsten Wasser ist, daß 8 Jahre nach Beendigung des Krieges, nach 8 Jahren des schmerzlichen Erwachens der Welt, einem gebildeten Volke, den Lesern einer bedeutenden Zeitung dieser Stadt, Geschichten aufgeschicht werden dürfen, die seit langer Zeit nicht mehr am Platze sind.

Diesem Volke, dessen Intellektuelle einen Protest gegen die anscheinend imperialistische Politik der großen nordamerikanischen Demokratie erheben, wagt Moriconi Legenden zu bieten, von denen wie schon zu viele ertragen mußten. Diese Herren sollten doch endlich begreifen, daß man ihrer Geschichtsbücherei überdrüssig geworden ist. Anstatt der französisch-deutschen Annäherung zu helfen, säen sie Zwietracht und Leiden der Welt damit einen schlechten Dienst, wenn sie das Kriegsgespinnst herausbeschwören.

Selbst wenn das ungeheure, deutsche Heer, von dem Moriconi phantasiert, wirklich vorhanden wäre, was könnte es gegen ein Heer, wie das französische auf der einen und das polnische auf der anderen Seite ausrichten? Wie sollten „kriegerische Vorbereitungen“ verborgen bleiben und wie sollte eine Mobilmachung bewerkstelligt werden? Alle diese Unmöglichkeiten dürfte Moriconi selbst einsehen. Warum legt er also dieses Gerücht den südamerikanischen Völkern vor, die mit den europäischen Streitigkeiten nichts zu tun haben wollen, von denen nur die Vereinigten Staaten den Vorteil hatten.

England, Italien, Rußland, die früheren Feinde, haben eingesehen, daß nach Beendigung des Krieges die Wiederherstellung der Volkswirtschaft unerlässlich ist, zum Wohle aller. Aber Frankreich beharrt auf seinem Herrschaftstraum, nicht nur gegenüber Deutschland, sondern gegenüber ganz Europa und es bedarf dazu der ständigen Propaganda gegen Deutschland die auch als Rechtfertigung für die enormen Kriegsausgaben und Militärbindnisse Frankreichs dienen muß. Natürlich sind diese Bindnisse angeblich defensiv, genau so wie das französisch-russische vor dem Kriege.

Unsere südamerikanischen Länder wünschen aber den Frieden, um ihre Erzeugnisse verkaufen zu können, sie wünschen auch, daß Deutschland aus seiner durch den Versailler Vertrag bedingten Niederlage sich wieder aufrichte. Deutschland ist unser bester Kunde und Käufer eines hohen Prozentsatzes der Produkte von Uruguay. Wir haben also allen Grund, zu wünschen, daß die freundschaftlichen und kommerziellen Beziehungen, die dem gegenseitigen Vorteile dienen, nicht gestört werden.

In einem weiteren Aufsatz schreibt das Blatt: „Wie erklärt es sich, daß die Kriegsmethoden, die während des letzten Weltkrieges von Frankreich entrippt als „deutsche Barbarei“ bezeichnet wurden, nunmehr von Frankreich selbst angezogen werden sollen? Mit seiner gewohnten Deutlichkeit sagt Frankreich natürlich, das humane Frankreich werde niemals giftige Gase anwenden, man fabriziere sie nur als „Präventivmittel“. Wegen welchen Feind aber könnte Frankreich diese Methode anwenden? Etwa gegen das entwaffnete Deutschland?

Die Unterzeichner des Versailler Vertrages sind übereingekommen, in einem Kriege keine giftigen Gase mehr anzuwenden zu wollen, aber die französischen Militärs erklären,

Deutschland habe auf diesem Gebiete bedrohliche Erfindungen angekündigt. Das ist ein Vorwand Frankreichs, denn Deutschland würde derartige Erfindungen wohl schwerlich ankündigen. Frankreich hat aber schon im Marokkofeldzug giftige Gase verwendet und es hat seit kurzem in jedem Bataillon eine Abteilung von „Schleudern flüssigen Feuers“ — wahrscheinlich zum Wohle des Weltfriedens und im Namen der Menschlichkeit — oder in Erwartung eines Krieges — mit wem? Mit Deutschland?

Die Flugzeugfabrik in Warschau und die Fabrik Skoda in der Tschechoslowakei fabrizieren Munition nach französischem Rezept. 800 französische Gasinstruktoren wurden, laut der amerikanischen Zeitung „Chemical Warfare“ im Jahre 1922 nach Polen geschickt. Deutschland dagegen hat nichts derartiges, es mußte alles zerstören, und es ist ihm sogar die Anfertigung von Gasmasken verboten worden. Deutschland ist also jedem Gasangriff wehrlos ausgesetzt — alles zum Nutzen der Menschheit und der Zivilisation!

Deutschland ist vollkommen entwaffnet, alle seine Feinde wissen das. Krochod sind Legenden über seine Rüstungen im Umlauf. In seinem „Tagebuch vom Rhein“ schreibt der amerikanische General Henry Allen darüber, indem er erklärt, daß die französische Abteilung der Militärkontrollkommission wohl anerkannt habe, daß Deutschland entwaffnet sei, daß es jedoch aus politischen Gründen nötig sei, über Waffenfunde in Deutschland, auch wenn sie noch so gering seien, ständig öffentlich zu berichten.

Frankreich erkennt selbst an, daß Deutschland seine politischen Pläne nicht gefährden kann. Deshalb also diese Legenden und gegen wen diese bauernden Rüstungen zur See, Land und Luft? Wie der letzte Krieg gelehrt hat, kann dieser Rüstungstaukel nur zu neuen Kriegen führen.“

Der Sieg Südjapans

Die Kantonesen haben nun nach Schanghai auch Nanjing eingenommen. Sie sind nun Herren Chinas, südlich des Yangtschiangstromes. Auch in Nordchina gewinnen sie dauernd an Anhängerschaft.

Bei der Einnahme Schanghais kam es zu schweren Kämpfen: Ungefähr 10 000 Mann Nordtruppen wurden nachmittags von 3000 Kantonesen überrollt. Die Nordtruppen flüchteten auf die Grenze der internationalen Niederlassung zu, die an dieser Stelle von einer Gruppe britischer Infanteristen besetzt war. Die Nordtruppen drangen in die Niederlassung ein und feuerten von hinten auf die britischen Soldaten und auf die anrückenden Kantonesen. Daraufhin antworteten die britischen Soldaten mit Gewehr- und Maschinengewehrfeuer, bis die Eindringlinge die Waffen streckten. Der Rest der Nordtruppen, ungefähr 1200 Mann, flüchteten in den von Japanern gehaltenen Stadtteil. Sie wurden interniert. Bei den Kämpfen wurden drei Engländer getötet und andere Ausländer verwundet. 35 russische Weisgarbisten, die die Besatzung eines Panzerzuges bildeten, ergaben sich nach erbittertem Widerstand den Kantonesen. Über ihr Schicksal wird von dem provisorischen Zentralkomitee entschieden werden. Das südjapanische Hauptquartier der Südruppen erklärt, daß Außenminister Tschang und die Mitglieder der Regierung und des Politischen Büros nach Schanghai unterwegs seien.

W. W. Schanghai, 23. März. (Tel. Reuter.) Der britische und der französische Generalkonsul in Schanghai haben heute vormittag mit dem Führer der Kantontuppen, Kaitschingtschi, Verbindung aufgenommen. Er versicherte, daß es seine Absicht sei, die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Zusammentritt des eidgenössischen Parlaments. Das eidgenössische Parlament ist am Montag in Bern zu einer Tagung von drei Wochen zusammengetreten. Die wichtigsten Geschäfte dieser Session sind die vorläufige Ordnung der Getreideversorgung mit Aufrechterhaltung des Einfuhrmonopols bis 30. Juni 1928 und die auf zehn Jahre befristete Verlängerung der Arbeitszeit bei den Verkehrsanstalten für die jetzigen Dienste, die nicht eine ununterbrochene anstrengende Arbeit erfordern um eine halbe Stunde täglich, außerdem ein Gesetz über die Bekämpfung der Tuberkulose und ein solches über die Schaffung einer Verwaltungs- und Disziplinargerichtsbarkeit.

Die Frage der Remeler Landtagswahlen. Der Gouverneur des Remelgebietes, Schaulys, hat in Romono einem Pressevertreter erklärt, daß die Landtagswahlen auf unbestimmte Zeit verschoben werden würden, wenn der Remeler Magistrat bis zum Ablauf der Frist, zum 31. März, keine Verdrückung und Vervollständigung der Wählerlisten vorgenommen habe. Der Magistrat, der an seinem Standpunkt festhält, daß die aus Großkulturen stammenden Personen gemäß der Remeler Konvention nicht das Recht haben, an den Wahlen teilzunehmen, hat eine Eintragung dieser Personen nicht vorgenommen.

Deutscher Sieg im Kattowitzer Stadtparlament. Am Dienstag fand in Kattowitz die zweite Sitzung des neugewählten Stadtparlamentes statt, die sich im wesentlichen mit der Wahl der unbesetzten Stadträte beschäftigte. Das Ergebnis das für die Deutschen sieben, für die Polen vier und die Vereinigte Arbeiterpartei einen Stadtratssitz erbrachte, bedeutet somit einen großen deutschen Sieg.

Stresemann über die Aussenpolitik

Deutscher Reichstag

W. W. Berlin, 22. März 1927.

Bei der Einbringung des Etats des Auswärtigen Amtes nahm am Dienstag Mittag

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

das Wort zu einer Rede, in der er sich mit den Problemen der Weltpolitik beschäftigte, die, wie er sagte, außerhalb unserer eigenen auswärtigen Beziehungen liegen, aber mehr oder weniger starke Rückwirkungen auf die Fragen ausüben können, die uns direkt angehen. Der Haushalt des Auswärtigen Amtes spielt im Rahmen des gesamten Haushalts nur eine sehr bescheidene Rolle. Im vorigen Jahr macht der Gesamtetat des Auswärtigen Amtes 56 Millionen Mark aus. Diesmal sind es 4 Millionen mehr. Festzustellen ist eine erfreuliche Verminderung der Einnahmen der Baggebühren um eine Million Mark. Es würde mich freuen, wenn ich Ihnen einmal einen Etat vorlegen könnte, aus dem die Einnahmen aus den Baggebühren überhaupt verschwunden sind.

Der Minister befaßte sich sodann mit den alarmierenden Meldungen über Albanien. Soweit sich die Dinge bisher von Deutschland aus übersehen lassen — fuhr er fort — glaube ich nicht, daß irgend welche akute Gefahr besteht. Deutschland hat nur ein großes Interesse, daß die Bemühungen um die Herbeiführung einer internationalen Zusammenarbeit am Wiederaufbau Europas nicht gestört werden. Wir können nichts dabei gewinnen, daß Verwicklungen zwischen dritten Staaten entstehen. Für Deutschland kommt eine Politik der Sonderbündnisse nicht in Betracht, sondern nur eine Politik, die den Gedanken der Verständigung und des Ausgleichs widerstreitender Interessen fördert. Unser Weg ist gekennzeichnet durch die Verträge von Locarno, den Eintritt in den Völkerbund und den Berliner Vertrag. Damit liegen unsere Absichten offen vor aller Welt zu Tage. Dieß wir uns in dieser Situation von jeder unnötigen Einmischung fernzuhalten haben, versteht sich von selbst.

Der Minister erklärte dann, daß die deutschen Vorkämpfer im Auslande nur den Auftrag haben, sich zu orientieren. Auch in der Reichshauptstadt sind Besuche der Vertreter großer Mächte im Auswärtigen Amt aus diesem Anlaß erfolgt. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Anfrage einzelner russischer Zeitungen, ob Deutschland bei Verwicklungen mit östlichen Ländern den Truppen von westlichen Mächten den Durchmarsch durch deutsches Gebiet zu gestatten habe. Für diese Frage kommt hauptsächlich der Art. 16 der Völkerbundescharta in Kraft und zwar nach Maßgabe der bekannten Note. Weitere Abmachungen irgendwelcher Art bestehen nicht.

Dr. Stresemann geht dann zu den einzelnen deutschen Fragen über und berührt die Tagungen des Völkerbundesrates, an denen Deutschland seit der letzten außerpolitischen Erklärung teilgenommen hat. Er gab der Erwartung Ausdruck, daß der lokale Verteidigungswille, den wir gezeigt haben, auch von der Gegenseite in den großen Fragen gezeigt werden wird, deren Lösung noch vor uns liegt: baldigste Räumung des Rheinlandes und die Rückgabe des Saargebietes an Deutschland. — Der Minister rief dazu, die weitere Entwicklung ohne Ausbrüche von Ungebuld abzuwarten. Aber das Wort abwarten ist nicht gleichzusetzen mit passiver Resignation der Regierung. Wir haben es nicht nötig, den guten Willen der Gegenseite durch Wiederholung gemachter Angebote oder neuer Anerbietungen herbeizurufen. Es handelt sich um eine Konsequenz, die im Interesse aller beteiligten Länder liegt. Dies ist eine Forderung des gesamten deutschen Volkes. Der Minister schloß mit der Bitte um das Vertrauen und der Regierung Entschloß darüber zu überlassen, welche Schritte nach dem weiteren Verlauf der Dinge zu tun sind.

Hg. Dr. Breitscheid (Soz.) gibt seiner Sorge wegen der drohenden Welle an außenpolitischen Horizont Ausdruck. Deutschland ist nicht stark genug, eine Politik der Isolierung zu treiben. Auch engste Freundschaft mit Rußland würde nicht verhindern, daß wichtige politische Entscheidungen ohne oder gar gegen uns fallen. Wir wünschen deshalb nur, daß der Völkerbund möglichst unverfälscht wird. Aus der deutschen Abrüstung müssen die Konsequenzen auch vom Ausland gezogen werden. Selbstverständlich ist die russische Sympathie, ebenso wie die unfrige, für den Kampf der Chinesen um ihr Selbstbestimmungsrecht. Aber jede Revolution hat die Tendenz, ihre eigenen Grenzen zu überschreiten und objektiv muß sich England bedroht fühlen. Unsinzig ist die Behauptung, der englische Außenminister Chamberlain versuche, Deutschland in eine kriegerische Koalition gegen Sowjetrußland hineinzuziehen. Wenn aber solche Absichten vorhanden wären, so müssen wir sagen: Kein Preis, den England zahlen könnte oder zahlen wollte, kann hoch genug sein, daß wir uns an einer solchen Koalition beteiligen. Die Forderung der Mologa, das Reich soll ihr einen 60-Millionen-Kredit geben, ist wirtschaftlich nicht begründet und eine außenpolitische Begründung erkennen wir nicht an. Was hat uns 1923 unsere turmhohle Freundschaft mit Rußland gebracht? Der Redner empfiehlt ferner eine Verständigung mit Polen. Den jugoslawisch-italienischen Konflikt führt er auf friedensstörende Absichten Russolins zurück. Deutschland müsse neutral bleiben. Der Völkerbund müsse aber für eine schnelle Vereinigung sorgen. Die letzten Genfer Verhandlungen seien zweifellos ein deutscher Misserfolg gewesen. Aber die Deutschnationalen seien jetzt, da sie nicht mehr in der Opposition seien, still geworden. Wie verlangen die Befreiung des Rheinlandes und rufen den Franzosen zu: „Eure Angst ist nicht begründet, die Deutschnationalen verbrennen heute, was sie gestern anbeteten.“

Reichsaußenminister Dr. Stresemann: Wenn Dr. Breitscheid von einer offen zutage tretenden friedensstörenden Absicht des italienischen Diktators gesprochen hat, bedauern

ich das; denn angesichts der gesamten Verhältnisse Europas haben wir alle Veranlassung, die uns offiziell gegebenen Erklärungen einer Regierung nicht im Zweifel zu ziehen.

Abg. Dr. Spahn (Dnt.) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab. Besteht die Mehrheit des Reichstages aus den letzten Genfer Verhandlungen eine wirksame Förderung des deutschen Anspruchs auf baldige Räumung von Rhein- und Saargebiet erwartet. Bedauerlicherweise seien diese Erwartungen enttäuscht worden. Auch die für Deutschland besonders wesentlichen Beschlüsse des Völkerbundesrates über die Verhältnisse im Saargebiet und in Oberschlesien seien für Deutschland unbefriedigend. Es sei eine Aufgabe der deutschen Politik, im Völkerbundrat das deutsche Recht selbst dann zu wahren, wenn im gegebenen Augenblick dafür die Mehrheit noch nicht zu erreichen sei. Die statt dessen geschlossenen Kompromisse seien auch praktisch unbefriedigend. Die gefassten Beschlüsse des Völkerbundesrates für die das Kabinett die Verantwortung übernommen hat, sind nunmehr auch für uns die gegebene Grundlage für unsere weitere Arbeit. Dabei geben wir der Erwartung Ausdruck, daß Außenminister und Kabinett in enger Fühlung miteinander dafür sorgen, daß der deutsche Rechtsstandpunkt bei den weiteren Verhandlungen im Völkerbund eingehalten wird. Die Aufrechterhaltung der Befassung hat nach den von Deutschland gegebenen Sicherheiten jeden Sinn verloren.

Abg. Kaas (Ztr.) Gegenüber der starken Aktivität der deutschen Außenpolitik in den vergangenen zwei Jahren besteht heute das Gefühl einer bedenklichen Vertiefung. In dieser an sich wenig vorteilhaften Entwicklung bildet die Regierungsumbildung ein erschwerendes Moment. In einem Augenblick, wo jede Regierung des Misstrauens im Ausland gegenüber der parteipolitischen Struktur Deutschlands als eine Erschwerung der im Zuge befindlichen außenpolitischen Aktionen sich auswirken mußte, haben meine politischen Freunde den Weg der Rechtsverweigerung des Kabinetts nur mit Überdrehen gewählt. Wir werden uns auch in Zukunft nur von dem Bestreben leiten lassen, den Gang der deutschen Außenpolitik in den Bahnen der Vergangenheit zu halten und uns durch keine Rücksicht, auch nicht durch die Erhaltung einer bestimmten Form der Regierungskoalition, davon abhalten lassen, von allen Parteien der jetzigen Regierung die lückenlose Einlösung der Abmachungen zu verlangen, die vor dem Zustandekommen der heutigen Koalition vereinbart wurden. So wenig wie wir daran denken, an den grenzpolitischen Rechtsansprüchen Deutschlands gegenüber Polen irgendwie rütteln zu lassen, so müssen wir doch die Schaffung friedlicher Wirtschaftsbeziehungen mit Polen fordern. Zur Saarfrage erklärte der Redner, daß die Saarbestimmungen des Versailler Vertrages heute schon als ein eklatanter Fehlschlag dassehen und daß die Volksabstimmung für die Gegenpartei vollständig hoffnungslos ist. Wir erwarten, daß die Reichsregierung sich dafür einsetzt, daß das, was die März-Tagung den Saarländern versagt hat, diesen auf der Juni-Tagung nicht vorenthalten wird. Die deutsche Delegation mußte in Genf den Weg des Kompromisses gehen. Immerhin sind wesentliche Dinge erreicht worden. Die gänzliche Räumung des Rheinlandes ist unbedingte Voraussetzung für das Zustandekommen einer Annäherung mit Frankreich. Bezüglich des Verhältnisses zu Rußland erwartet der Redner, daß an der Politik des Vertrages von Rapallo und des Berliner Übereinkommens festgehalten werde. Deutschlands Verhalten gegenüber dem Balkan-Konflikt ist vorgezeichnet durch die Gebote der Menschlichkeit und Selbstbehaltung. Deutschland will den Frieden für sich und Europa.

Abg. Freiherr v. Rheinbaben (Dt. L.) regt die Einrichtung von kleinen Anfragen auf außenpolitischem Gebiet an. Den Saarländern rufen wir zu: haltet nur noch eine kurze Zeit aus! Das deutsche Volk hat die gewisse Hoffnung, daß die Befassung bald beendet ist. Mit innerpolitischen Vorgängen hat das Ergebnis von Genf gar nichts zu tun. Es ist lediglich darauf zurückzuführen, daß ein Umschwung in der außenpolitischen Einstellung Frankreichs wahrzunehmen ist. Daß Locarno keine Fortsetzung gefunden hat, liegt daran, daß England durch andere weltpolitische Fragen zu stark beschäftigt ist. Wir müssen mit den anderen Großmächten zusammenarbeiten, und dabei dürfen wir nicht immer nur nach Frankreich blicken, sondern auch nach England und Italien, das unter Mussolini erstarke. Jedenfalls muß eine neue Gruppenbildung vermieden werden damit Deutschland nicht unter den Schlitzen gerät. Wir wollen eine freundschaftliche Verständigung über die Räumung. Zurückweisen müssen wir die französische Andeutung, daß im geräumten Rheinland irgendwelche Kommissionen oder andere Organe zurückbleiben könnten.

Abg. Stöder (Komm.) führte aus: Briand behauptete, er habe ein Durchmarschrecht durch Deutschland, falls Polen oder die Tschechoslowakei angegriffen würden. Die deutsche Regierung habe das noch nicht bemerkt. Aber die deutschen Arbeiter würden sich nicht als Landknechte gegen Sowjetrußland mißbrauchen lassen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt. Außerdem Haushalt des Verkehrsministeriums.

Seute Mittwoch wird im Reichstag bei der Weiterberatung des Etats des Auswärtigen Reichsaußenminister Dr. Stresemann, erneut das Wort ergreifen, um auf die gestrigen Ausführungen der Debattereder zu antworten.

Die Balancierung des Reichsetats

Die Verhandlungen zwischen der Reichsregierung und den Regierungsparteien über die Befestigung des Defizits im Reichshaushalt sind zum Abschluß gekommen. Die Einigung ist laut „Germania“ auf folgender Grundlage zustande gekommen:

Das Aufkommen von Einkommen- und Körperschaftsteuern wird auf 260 Millionen RM. erhöht. Ferner sind aus dem Haushaltsjahr 1926 Überschüsse in Höhe von 200 Millionen RM. verfügbar. Ferner soll der Betriebsmittelfonds mit 190 Millionen RM. herangezogen werden. Die Restsumme des Defizits soll durch Einsparungen auf der Ausgabe Seite verschwinden. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Fortfall eines Betrages von 50 Millionen RM., der für produktive Erwerbslofenfürsorge in den Etat eingestuft war. Eine Reihe verhältnismäßig kleinerer Ersparnisse soll durch die Befestigung mehrerer Dispositionsfonds der einzelnen Ministerien erzielt werden. Auf diese Weise ist der ordentliche Etat des Reichshaushaltes für 1927 für den Augenblick ins Gleichgewicht gebracht worden. Sollten Ausgaben für die Liquidationsgeschädigten notwendig werden, so würde naturgemäß eine neue Lücke entstehen.

Im außerordentlichen Haushalt werden 500 Millionen RM. beantragt. Die ursprüngliche Absicht, diesen Betrag auf Anleihe zu nehmen, ist fallen gelassen worden. Auch bei diesem Etat hatte man Abträge in Höhe von 50 Millionen RM. vorgenommen, wobei 30 Millionen RM. auf Anwaltskosten entfallen, die zwar nicht vollständig ruhen, aber wesentlich eingeschränkt werden sollen.

Der Zentralkommission der Reichsbank ist für Montag, den 28. März, 4 Uhr nachmittags, einberufen worden. Es handelt sich um eine der üblichen Sitzungen des Zentralkommissiones.

Aus den Reichstagsausschüssen

Der Steuerausschuß

lehnte die Einzelberatung des Finanzausgleichs bei der Frage der Gemeindegetränkesteuer fort.

Abg. Simon (Soz.) erlachte an, daß diese Steuer produktionsverteuernd sei. Darum seien auch die Sozialdemokraten grundsätzlich Gegner der Getränkesteuer. Aber sie sei eine Einnahmequelle, auf die die Gemeinden nicht ohne weiteres verzichten können.

Von den Regierungsparteien wurde beantragt, daß die Gemeinden mit Genehmigung der Landesregierung oder der von ihr beauftragten Behörden Steuern auf den örtlichen Verbrauch von Bier erheben dürfen. Die Genehmigung darf nur erteilt werden, wenn sicher ist, daß die Neueinführung der Erhöhung der Biersteuer durch die entsprechenden Steuererhöhungen auf anderen Gebieten, insbesondere auf dem Gebiet der Grund- und Gebäudesteuern und Gewerbesteuern ausgeglichen wird. Die Steuer dürfe nur von dem Hersteller des Bieres oder demjenigen erhoben werden, der das Bier in die Gemeinden einführt. Sie dürfe sieben Prozent des Herstellerpreises nicht überschreiten.

Staatssekretär Popitz erklärte: Die Ablösung der Getränkesteuer durch den Reichsfonds, die eine weitere Verschlechterung der Finanzlage des Reichs bedeute, müsse deshalb abgelehnt werden. Der Ausweg müsse gefunden werden, indem man auf die Vergangenheit zurückgehe, wo die Biersteuer die wichtigste Gemeindegetränkesteuer war. Der Regierungsvorteil empfahl daher den Antrag der Regierungsparteien. Gegen die Besteuerung des Weines beständen solange Bedenken, als die Kritik des Weinbaues nicht überwinden sei. Der Branntweinmonopol müsse vom Branntweinmonopol so ausgiebig wie möglich ersatz werden.

Sodann wurde der Kompromißantrag der Regierungsparteien über die Biersteuer mit vierzehn gegen zwölf Stimmen angenommen. Für die Deutsche Volkspartei hatte der Abgeordnete Reinath vorher noch erklärt, daß die Beteiligung seiner Fraktion an dem Kompromißantrag nur eine vorläufige sei.

Nach den Beschlüssen des Steuerausschusses wird die Gemeindegetränkesteuer vom 1. April ab aufgehoben. Es bleibt die Biersteuer, die nicht mehr als 7 Prozent vom Herstellerpreis betragen darf.

Der Ausschuß lehnte heute Mittwoch die Einzelberatung des Finanzausgleichs weiter fort. Die Regierungsparteien beantragten, daß Chauffeur- und ähnliche Wegegelder von Kraftfahrzeugen für die Benutzung öffentlicher Wegen und Brücken nicht erhoben werden dürfen. Die Länder haben die auf sie entfallenden Steuern zur Unterhaltung der öffentlichen Wege zu verwenden. Sie können die Steuern auch zur Unterhaltung öffentlicher Brücken verwenden.

Politische Neuigkeiten

Deutschland und die Genfer Abrüstungsverhandlungen

Zu Beginn der Dienstags-Sitzung des Vorbereitungsausschusses für die Abrüstungskonferenz gab Graf Bernstorff eine grundsätzliche Darstellung des deutschen Standpunktes zum Abrüstungsproblem.

Er betonte mit allem Nachdruck, daß nach den vielen vorangegangenen Verhandlungen der Sachverständigen nun auch die Taten folgen müßten. Die Blide sämtlicher bereits abgerüsteter Staaten und kleinerer Staaten seien auf Genf gerichtet. Gerade die auf Grund internationaler Verträge abgerüstet hätten, also in erster Linie Deutschland, haben ein Recht darauf, daß nunmehr die allgemeine Abrüstung erfolge, nachdem zumal die deutsche Abrüstung restlos durchgeführt sei. Diese Abrüstung sollte auch nach dem Versailler Vertrag die Einleitung zur allgemeinen Abrüstung sein. Das Problem ist vielmehr an seiner Gesamtheit zu erfassen. Von den zwei Fragen des Programms der Abrüstung und der Vorgehensweise der Abrüstungen ist die letztere weniger aktuell, da wenigstens gegenwärtig kein Wettläufer erfolgt. Was aber auf uns lastet, ist das Meißengewicht übermäßiger Abrüstungen und die Gefahren des unausgeglichenen Abrüstungsstandes. Unsere wichtigste Aufgabe ist: Verabreichung der Abrüstungen. Scheinlösungen, die neue Gefahren bringen, müßten vermieden werden. Die deutsche Regierung, die zu erster Mitarbeit entschlossen ist, könnte solchen Lösungen ihre Zustimmung nicht geben. Die Lösung des Abrüstungsproblems ist der Grundstein für den Völkerbund. In den Artikeln der Völkerbundesfassung ist die Abrüstung aller Staaten allen anderen Aufgaben vorangestellt. Besonders beschäftigt sich auch das große Werk von Locarno mit diesem Kernproblem, und in den Schlussprotokollen des Locarnoerwerkes haben sich die Signatarmächte verpflichtet, den Völkerbund zum Zwecke der Abrüstung unternehmenen Arbeiten ihre Mitwirkung zu gewähren und in gemeinsamer Verständigung diese Bestrebungen in die Wirklichkeit umzusetzen.

WPA. Paris, 28. März (Tel.) Wie Savas aus Genf berichtet, werden als Antwort auf die dringende Aufforderung von Paul Boncour die Delegationen Rumaniens, Polens, Südbanwens und der Tschechoslowakei ein gemeinsames Abrüstungsproblem einbringen, das unter Anlehnung an den französischen Entwurf der besonderen Lage dieser Staaten Rechnung tragen werde.

Eine außenpolitische Rede Gerards

Der frühere Berliner amerikanische Botschafter, Gerard, sprach bei einem Frühstück der britischen Handelskammer in New York über Deutschlands politische Zukunft. Deutschland werde sich bemühen, baldigst eine Revision des Dawesplanes herbeizuführen. Es bestehe eine große Wahrscheinlichkeit, der Gefährdung des europäischen Friedens infolge der ungerechten Landverteilung auf Grund des Versailler Vertrages. Weder der Kaiser noch der Kronprinz würden jemals wieder den deutschen Thron bestiegen. Dagegen sei es nicht unmöglich, daß ein Sohn des Kronprinzen an die Spitze einer konstitutionellen Monarchie berufen werden würde. Deutschlands Handel wird ständig größer, besonders in Rußland und Südamerika. Die Hauptbelastungsprobe des Dawesplanes wird im nächsten Jahre kommen. Nach dem Geschäftsbericht eines großen deutschen Bankhauses für 1926 hatte Deutschland eine aktive Handelsbilanz von 800 Mill. RM. und unter Eingerechnung der vorjährigen Daweszahlungen eine solche von 900 Millionen RM. (?) Wir müssen uns auf einen gewaltigen Konkurrenzkampf seitens Deutschlands gefaßt machen. Wahrscheinlich in der Südhalbkugel Europas werde ein Krieg ausbrechen. Jeden Tag könne die Sowjetarmee in Bessarabien einmarschieren, um dieses Gebiet zurückzuerobern. Ungarn blide gierig auf das ihm fortgenommene Land, und es war ein großes Unrecht, als der Versailler Vertrag Deutschland Schließen wegnahm und es Polen auf Grund einer Volksabstimmung gab, die zum großen Teil unter dem Druck der Mehrheit polnischer Arbeiter auf diesem Teil des deutschen Bodens erfolgte. Die Gefühle Deutschlands hinsichtlich dieses Unrechtes sind die gleichen, wie es diejenigen Frankreichs hinsichtlich Elzas-Lothringens waren. — Gerard schloß er glaube nicht, daß die Westvölker Europas sich an einem Kriege beteiligen würden. Ein Blickbild in der Lage sei die deutsch-amerikanische Freundschaft.

Ein Arbeitszeitkompromiß der Regierungsparteien

Der interfraktionelle Ausschuß der Regierungsparteien des Reichstages verhandelte Dienstag abend im Beisein des Reichsarbeitsministers Dr. Brauns und der Fraktionsführer Graf Helldorf (Dnt) und Schulz (Dnt) nochmals über das Arbeitszeitgesetz, mit dem Erfolg, daß ein Kompromißabstimmung gefunden wurde. Eine Unterkommission wird in den nächsten Tagen die Formulierung fertigstellen.

Das Kompromiß bewegt sich laut „Täg. Rundsch.“ auf dem Boden des Vorschlages, den der Abg. Thiele gemacht hat. Es wird in § 2 eine Bestimmung aufgenommen, die die Leistung von Mehrarbeit gestattet, wenn die Unterbrechung der Arbeit beträchtliche Nachteile im Gefolge haben würde. Weiter ist in § 12 die Regelung der Saisonarbeit geregelt worden und zwar in dem Sinne, daß in den wichtigsten Arbeitszweigen, in denen die achtstündige Arbeitszeit während eines Teiles des Jahres nicht erreicht wird, in anderen Jahreszeiten, in denen besondere Anforderungen gestellt werden, die Arbeitszeit überschritten werden kann. Die einzelnen Bestimmungen sollen dem Reichsarbeitsminister überlassen werden. Auf der anderen Seite wird die Bestimmung in das Gesetz aufgenommen werden, daß für jede Mehrarbeit ein Lohnzuschlag bewilligt werden muß. Man wird es den vertragschließenden Parteien überlassen, in welcher Höhe der Zuschlag festgesetzt wird. Wird keine tarifliche oder sonstige vertragliche Abmachung erzielt, so soll ein angemessener Zuschlag in Kraft treten. Als solcher gilt ein Zuschlag von 25 Prozent des Arbeitslohnes. Das Kompromiß wird voraussichtlich nicht von den Parteien in Form eines Antrages im Reichstag eingebracht werden, vielmehr wird beabsichtigt, daß die Regierung die Bestimmungen des Kompromisses übernimmt und danach den Regierungsentwurf abändert. Der Reichsrat wird dann heute oder morgen den Entwurf voraussichtlich in der abgeänderten Form verabschieden, so daß das Gesetz in der neuen Form an den Reichstag gehen wird.

Für die Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer

Mit der Frage der Gemeindegetränkesteuer, die bei den derzeitigen Verhandlungen wegen Abänderung des Finanzausgleichs eine besondere Rolle spielt, beschäftigt sich auch der Südwestdeutsche Handelskammerausschuß für Hotelgewerbe und Fremdenverkehr (Vorort Handelskammer Karlsruhe) in einer Sitzung in Frankfurt a. M. Der Ausschuß richtete — wie uns geschrieben wird — an die zuständigen Stellen in Berlin (Steuerausschuß des Reichstages, Reichstagsfraktionen usw.) auf telegraphischem Wege das dringende Verlangen, die städtische Getränkesteuer aus dem Finanzausgleich zu streichen, um dadurch diese ungerechte, unfolgsame und auf keinen sicheren Erhebungsgrundlage beruhende Sonderbelastung des Hotel- und Gastwirtsgebietes endlich aus der Welt zu schaffen.

Die Forderungen der Eisenbahner. Die Tarifvereinigungen der Eisenbahnen haben ihre formulierten Forderungen der Hauptverwaltung der Reichsbahnverwaltungen überreicht. Die Eisenbahnergewerkschaften verlangen neben einer Lohnerhöhung von 6 Pf. pro Stunde für die Lohngruppen 1—7 und für die Lohngruppe 8 75 Proz. der Lohngruppe 7, eine Verkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden täglich und zwar ohne Einbuße an Lohn. Die Verhandlungen über die Forderungen dürften laut „Vorwärts“ Ende dieser Woche beginnen.

Kurze Nachrichten

v. Meinel f. Der frühere bayerische Handelsminister, Graf v. Meinel, der erst vor einigen Wochen von seinem Amte zurückgetreten war, ist in München im Alter von 62 Jahren gestorben.

Zu schweren Zusammenstößen zwischen Kommunisten und Schutzpolizei kam es Dienstag abend in Berlin im Anschluß an Kundgebungen des Roten Frontkämpferbundes wegen der künftigen Zusammenzüge auf dem Bahnhof Vickerfeld-Ost. In der Berliner Straße in Charlottenburg mußte die Polizei von den Gummimäppeln und vom Seitengewehr und auch von der Schußwaffe Gebrauch machen. Mehrere Personen erlitten dabei schwere Verletzungen. In der Frankfurter Allee gab es sogar einen Toten unter den Demonstranten.

Zur Lage im albanischen Konflikt wird von zuständiger Belgrader Seite erklärt, man betrachte die durch die italienische Zirkularnote geschaffene Lage mit Optimismus. Man glaube, daß weder eine Völkerbundsintervention, noch die in der Erklärung des Ministers des Äußeren vorgeschlagene internationale Untersuchung zur Beilegung des Konflikts notwendig sein werden.

Verschiedenes

Schweres Autounglück in Schlesien

W.D. Rudoba, 28. März. (Tel.) Ein Lastauto, das 70 Arbeiter von der Arbeitsstätte nach Hause beförderte, stürzte heute früh auf der Chaussee zwischen Rudoba-Sachsitz-Gelena in eine Schlucht und begrub sämtliche Insassen unter sich. Bis zur Stunde konnten sieben Tote und 18 Schwerverletzte geborgen werden. Das Unglück ereignete sich in einer scharfen steigenden Kurve. Aus bisher ungeklärter Ursache rief die Kette des Lastautos. Der Wagen raste mit unheimlicher Geschwindigkeit rückwärts bergab, brach an einer Brücke das Gelände um und stürzte von der Brücke herab in die Schlucht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	23. März		22. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.43	168.85	168.44	168.86
Kopenhagen 100 Kr.	112.26	112.54	112.26	112.54
Italien . . . 100 L.	19.43	19.47	19.17	19.21
London . . . 1 Pf.	20.435	20.487	20.439	20.489
New York . . . 1 D.	4.2085	4.2185	4.2095	4.2195
Paris . . . 100 Fr.	16.485	16.525	16.48	16.52
Schweiz . . . 100 Fr.	80.93	81.13	80.94	81.14
Wien . . . Schilling	59.21	59.35	59.21	59.35
Prag 100 Kr. 100	12.46	12.50	12.462	12.502

Wetternachrichtendienst der Bad. Landeswetterwarte Karlsruhe. Die große, südlich von Zalsand liegende Zirkone beginnt nunmehr ihren Einfluß auf das europäische Festland auszuüben. Bereits gestern nachmittags hatte uns nach einem noch heiteren Vormittag das erste Aufgleitewölck erreicht. Seither herrscht in ganz Baden wolkiges Wetter. In einzelnen Gegenden Nordbadens ist es heute morgen schon zu leichten Niederschlägen gekommen. Für die nächste Zeit steht jetzt eine Periode regnerischer Witterung bevor. Voraussichtliche Witterung für morgen: wolfig, zeitweise Regenfälle, fortdauernd mild.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Ausschuss für Gesetze und Beschwerden

Beschäftigte sich am Dienstag u. a. mit einer Eingabe um Entlassung eines Strafgefangenen, der wegen Mordes zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt wurde und sich 13 1/2 Jahre in der Anstalt sehr gut geführt hat. Die Regierung lehnte eine vorzeitige Entlassung mit Rücksicht auf allgemeine Folgerungen ab. Die Strafe habe nicht nur Besserungszweck, sondern solle auch der Sühne dienen. Die Regierung stellt aber in Aussicht, daß etwa in 2 1/2 Jahren die Entlassung des Gefangenen in Erwägung gezogen werde. Für heute beschloß der Ausschuss auf Antrag des Berichterstatters Übergang zur Tagesordnung.

Badische Landwirtschaftskammer

D.3. Karlsruhe, 22. März.

Die Badische Landwirtschaftskammer trat heute nachmittag im Landtagsgebäude zu ihrer 31. ordentlichen Vollversammlung zusammen.

Präsident Douglas hieß die Anwesenden herzlich willkommen und begrüßte insbesondere die Regierungsvertreter. Leider sei der Referent für Landwirtschaft im Innenministerium, Ministerialrat Rein, durch schwere Krankheit am Erscheinen verhindert. Auch das verfloßene Jahr sei für die Landwirtschaft sehr hart gewesen: schlechte Ernte, Unwetter, drückende Steuerlast und die preisdrückende Einfuhr. Trotz alledem blühe die Landwirtschaft zuversichtlich in die Zukunft. Die Vollgesetzgebung und der Abschluß von Handelsverträgen würden die Landwirtschaft vor schwere Aufgaben im Kampfe um ihre Existenz stellen. Der Redner betonte die Bedeutung der Obstzucht gerade für Baden und berührte dann die Arbeiten der Landwirtschaftskammer selbst, die auch letztes Jahr überaus groß und bedeutungsvoll gewesen sei. Mit Freuden habe man von der Vereinbarung zwischen Ministerium und Kammer vernommen, wonach die Landesökonomieräte der Kammer zur Mitarbeit in wichtigen Fragen zur Verfügung gestellt werden. Der Präsident gedachte der großen Verdienste des in den Ruhestand getretenen Direktors Dr. Müller. Er hob mit Genugtuung hervor, daß man mit den ländlichen Versuchsanstalten bereits beachtenswerte Erfolge erzielt habe. In einigen Wochen werde mit den Bauarbeiten für das Reichsstaatsforschungsanstalt in Gorchheim begonnen, das von der Landwirtschaftskammer geleitet wird, der auch die Beamten unterstellt sind. Der Präsident dankte der Regierung für die der Kammer gewährten Mittel und sprach die Hoffnung aus, daß die für eine Reihe von Aufgaben dieses Jahr zu erwartenden Mittel von Reich wegen gleichmäßig über das Reich verteilt werden. Die Finanzlage der Landwirtschaftskammer habe sich etwas gebessert, doch sei der Weg zur vollständigen Gesundung noch weit. Der Präsident schloß mit dem Wunsche, daß man sich auch künftig zu einer für den Stand gedeihlichen Arbeit zusammenfinden möge. — Für den zurückgetretenen früheren Generaldirektor Rechtsanwält Schön wurde Präsident Keibel als Vertreter der Landwirtschaftlichen Hauptgenossenschaft in die Kammer und in den Vorstand gewählt. — Präsident Graf Douglas dankte Herrn Schön für seine langjährige Mitarbeit.

Geschäftsführender Direktor Dr. v. Engelberg erstattete darauf Bericht über

die Tätigkeit der Landwirtschaftskammer im Jahre 1926. Er konstatierte ein gesteigertes Interesse an der landwirtschaftlichen Buchführung. Die Buchstelle der Landwirtschaftskammer habe einen erfreulichen Aufschwung zu verzeichnen. Der Redner besprach die wichtige Frage der Preisgestaltung und knüpfte daran Mitteilungen über die Mitwirkung der Kammer im Enquete-Ausschuss. Schwer lasteten die Steuern, insbesondere aber die Schulzinsen auf der Landwirtschaft. Es sei bedauerlich, daß die Rentenbankkreditanstalt auch heute noch wenig Fühlung mit Süddeutschland habe. Die Realkreditanstalten (Hypothekenbanken und Sparkassen) sollten sich wieder mehr ihrer volkswirtschaftlichen Aufgabe bewußt werden. Die Erwerbslosenfürsorge komme für die landwirtschaftlichen Verhältnisse praktisch nicht in Frage. Man müsse es ablehnen, die schlechten Risiken bei der Industrie mitzutragen. Aber die Frage, ob die Errichtung einer Landkrankenkasse zweckmäßig erscheine, seien Erhebungen im Gange. — In bezug auf die Hagelversicherung erinnerte der Berichterstatter an den vom Landtag zu verabschiedenden Gesetzentwurf. Zu beklagen sei die noch immer tiefmütterliche Behandlung des platten Landes seitens der Hofverwaltung. Der Tarifvertrag im Kilometerlauf scheiterte bisher am Widerstande der Reichsbahnverwaltung, die eine finanzielle Schwächung befürchte.

Dr. v. Engelberg streifte dann, ausgehend von dem Grundsatze, daß sich die Landwirtschaft ganz auf den Qualitätsbau einstellen müsse, die einzelnen Tätigkeitsgebiete der Kammer. Es sei wiederum eine äußerst umfangreiche und erfolgversprechende Arbeit geleistet worden (Leb- und Futtermittel). In der Aussprache trat Präsident Gebhard der Behauptung des „Vorwärts“ entgegen, daß die Mitglieder des Verwaltungsrates der Norddeutschen Hagelversicherung erstaunliche Gehälter bezögen. Er nahm besonders den Präsidenten von Staufenberg in Schutz, der eine große Verantwortung trage, und stellte fest, daß die über das ganze Reich zerstreuten Verwaltungsratsmitglieder pro Person und Sitzung 30 M. Tagesgeld erhalten.

Kammermitglied Weichaupt-Meißlich sollte dem früheren Direktor Dr. Müller lebhaft Anerkennung und erklärt auf Grund des heute gehaltenen Berichts, daß auch sein Nachfolger volles Vertrauen verdiene. Alle Faktoren seien gewillt, jede Möglichkeit der Produktionsförderung mitzumachen. Man erwarte aber dafür auch die Anerkennung der Konsumenten.

Staatsrat Weichaupt-Pfüllendorf vertrat die Auffassung, daß seitens der Norddeutschen Hagelversicherung sofort eine Minderstellung hätte erfolgen sollen. Als Mitglied des Landtagsausschusses gab der Redner dann Aufschluß über das Hagelversicherungsgebot.

Mitglied Demberger erinnerte an die gewaltige Verantwortung des Herrn v. Staufenberg, der 21 400 M. beziehe, wovon 3000 M. für Wohnungsmiete abgezogen würden. Die weiteren Darlegungen des Redners betrafen die Gebäudeversicherung.

Mitglied Kläiber wandte sich dagegen, daß man rasch dabei sei, Angehörige des Landbundes zu verdächtigen.

Herr v. Stöckingen behandelte das Gebiet der landwirtschaftlichen Unfallversicherung, um eine irrtümliche Auffassung aufzuklären. Die Leistungen dürften nicht unterschätzt werden. Der Verwaltungsaufwand der landwirtschaftlichen Berufsvereine betrage mit 3 Proz. sei mäßig zu nennen.

Von Mitglied Stadtrat Boll-Freiburg (Arbeitnehmer) wurde darauf hingewiesen, daß es keineswegs so sei, daß die gesamte Sozialversicherung nicht der Reform bedürfe. Für den Bevölkerungsfaktor käme tatsächlich recht wenig heraus. Damit war die Aussprache über den Jahresbericht beendet.

Es erfolgte

Die Prüfung der Rechnung für 1925/26,

worüber Oberbürgermeister Hermann-Billingen berichtete. So befriedigend die Rechnungsführung in finanzieller Richtung sei, so bedenklich scheint das materielle Ergebnis. Bei den Betrieben seien wiederum erhebliche Verluste zu verzeichnen. Sie betrügen für 1925/26 296 000 gegen 105 000 M. im Vorjahr, wodurch sich das Reinergebnis auf 200 000 M. vermindere. Ohne jemanden einen Vorwurf machen zu wollen, müsse man doch an einen Abbau und größere Ersparnisse denken. Ein Teil der Verlustbetriebe werde wohl oder übel verschwinden müssen. Das Hans- und Flachswerk z. B. habe einen Verlust von 75 000 M. gebracht. Die Bedeutung des Hans- und Flachsbaues im Lande sei aber nicht so, daß sie dieses Opfer erfordere.

Dem Antrag auf Entlassung der Rechnungsführung wurde ohne Debatte zugestimmt, ebenso dem Antrag auf Erhöhung des Tagesgeldes und unwiderrücklicher Anstellung dreier Beamten.

Direktor Dr. v. Engelberg unterbreitete hierauf den Voranschlag für 1927/28.

In der Aussprache bedauerte Staatsrat Weichaupt-Pfüllendorf, daß nicht allen Wünschen Rechnung getragen werden konnte. Andererseits sei es zu begrüßen, daß eine weitere Erhöhung der Umlage vermieden wurde. Eine solche wäre auch nicht zu tragen gewesen. Die Gruppe des Bauernvereins erkenne an, daß letztes Jahr manches erreicht wurde und stimme dem Voranschlag zu. Die Betriebsleiter und leitenden Beamten müßten sich aber darauf einrichten, daß nächstes Jahr die Sonderzulage von 10 Pf abgebaut werden müsse.

Oberbürgermeister Lehmann-Billingen beklagte lebhaft, daß die Fortwirtschaf nach wie vor zu kurz komme. Die Vorlage der Kammer veranlasse seine Freunde, dem Voranschlag zuzustimmen.

Präsident Gebhard vom Landbund erklärte sich mit dem Voranschlag gleichfalls einverstanden. Der Abbau der Umlage werde nur schrittweise erfolgen können.

Präsident Wachs vom Landwirtschaftlichen Verein erklärte die Zustimmung zum Voranschlag. Man dürfe sich nicht auf den Standpunkt stellen, daß die Betriebe unbedingt mit Gewinn arbeiten müssen.

Freier von Stöckingen machte darauf aufmerksam, daß die Verluste zu einem guten Teil ihre Ursache in der schlechten Ernte 1925 haben.

Gutsbesitzer Duffner-Furtwangen führte aus, der Bericht des Oberbürgermeisters Lehmann bereite große Sorge. Um die Verhältnisse des abgelaufenen Jahres besser beurteilen zu können, sollte man die Vollversammlung in den April verlegen. Der Redner empfahl, Versuche anzustellen mit dem Anbau von hartem frühem Getreide (Hafer und Roggen) in den Hochlagen des Schwarzwaldes. Die Grünlandwirtschaft mache dort sichtbare Fortschritte.

Direktor von Engelberg gab Aufschluß über die finanzielle Grundlage der Versuchsgüter im kommenden Jahre. Man rechne mit einem Zuschußbedarf von rund 19 000 M. bei mittlerer Ernte. Die Finanzlage 1926 sei wesentlich anders als 1925. Das Hans- und Flachswerk wird einen Verlust von etwa 19 000 M. ergeben gegen 64 000 M. im Jahre zuvor.

Im weiteren Verlaufe der Debatte wurde der Wunsch laut, nachfolglich die Pflanzenzucht zu fördern und sich mit größeren Mitteln auch der Grassamenzucht anzunehmen.

Oberbürgermeister Lehmann sah sich veranlaßt, auf die Richtlinien des Reiches für die Zuschüsse zur Wirtschaftsberatung abzuheben.

Der zuständige Referent der Landwirtschaftskammer machte Mitteilung über die getreideärztlichen Versuche auf dem Schwarzwald. In 800 Meter Höhe werde der Getreidebau eine risikante kaum rentable Sache sein. Anders verhalte es sich mit der Grünlandwirtschaft.

Nach Schluß der allgemeinen Aussprache wurde gegen 7/8 Uhr die Einzelberatung auf Mittwoch vormittag 8 Uhr vertagt.

Tarifverhandlungen an der Rheinschiffahrt

Die Verhandlungen über den Rahmentarif in der Rheinschiffahrt, die in der vergangenen Woche als ergebnislos abgebrochen waren, wurden wie aus Mannheim berichtet wird, am Montag fortgesetzt. Sie führten wiederum zu keinem Ergebnis. Wie berichtet wird, ist das Reichsarbeitsministerium angerufen worden, um einen Schiedsspruch in der Angelegenheit zu fällen.

Beilegung des Lohnstreites in der badischen Holzindustrie

Auf Grund des Schiedspruches des Schlichtungsausschusses Karlsruhe vom 21. März wurde der Lohnstreit in der badischen Holzindustrie beigelegt. Nach dem Spruch des Schlichtungsausschusses wird der Lohn ab 17. März um 4 Pf. und ab 7. April um weitere 4 Pf. in der Ortsklasse II erhöht. Die übrigen Lohnveränderungen sind nach dem bisherigen Schiedsspruch zu ersehen. Von beiden Seiten wurde dem Schiedsspruch zugestimmt, so daß die Arbeit in den bestreikten Betrieben wieder aufgenommen worden ist.

Gemeinde-Rundschau

Der Einspruch gegen die Mannheimer Stadtratswahlen zurückgezogen. Der Einspruch der kommunistischen Partei gegen die am 7. Februar vorgenommenen Stadtratswahlen in Mannheim ist nunmehr zurückgezogen worden. Bekanntlich ist bei der Wahlhandlung einem der kommunistischen Stadterordneten das Versehen unterlaufen, einen ungültigen Stimmzettel abzugeben, so daß infolgedessen die Kommunisten einen Stadtrat weniger, die Sozialdemokratie einen mehr erhielt. Den Einspruch der kommunistischen Partei hat der Landeskommissar in Verbindung mit dem Weirat seinerzeit zurückgewiesen. Die kommunistische Partei wandte sich aber an die nächste Instanz. Wahrscheinlich hat sie inzwischen erkennen müssen, daß ihre Anfechtung der Wahl als nicht berechtigt anerkannt werden würde, und daher, wie gesagt, ihren Einspruch zurückgezogen. Die Folge davon ist, daß die Stadtratswahlen nunmehr als gültig zu betrachten sind und daß der Bürgerausschuss demnach in seiner vollen Zusammensetzung, wie er aus den Gemeindevahlen hervorgegangen ist, seines Amtes walten wird.

Das Darlehen Wohnungsbauprogramm. Im Bürgerausschuss Durlach wurde das Wohnungsbauprogramm für das Rechnungsjahr 1927/28 einstimmig angenommen. Hiernach soll die städtische Sparkasse zur Förderung des privaten Wohnungsbaues Vordarlehen bis zum Gesamtbetrage von 500 000 M. auf die Dauer von 5 Jahren zur Verfügung stellen, wofür die Stadt selbstschuldnerische Bürgschaft und den Zinsaufwand übernimmt, soweit er 4 Proz. übersteigt. Dem Bauprogramm liegt die Errichtung von etwa 120 Wohnungen zugrunde.

Der Bürgerausschuss Karlsruhe

Genehmigte am Dienstag eine Vorlage, wonach der Karlsruher Studentendienst ein Darlehen von 100 000 M. zum Bau eines Studentenheimes erhält und zwar auf 20 Jahre, bei einem Zinssatz von 2 1/2 v. H. und einem Tilgungssatz von 1 v. H. Das Darlehen wird in drei gleichen Raten, die erste sofort, die zweite nach Rohbaufertigstellung, die dritte nach vollständiger Fertigstellung des Gebäudes ausbezahlt. Das Studentenhaus soll zunächst die Mensa academica, dann Räume für den Tagesaufenthalt aufnehmen und ferner der geistigen Erholung der Studenten und der Anregung durch Vorträge, Konzerte usw. dienen. Es wird am Ostende des Platzes für Verbindungen, in der Nähe der Hochschulinstitute, errichtet; den Bauplatz hat der Staat dem Studentendienst mietenlos überlassen.

Belter stimmte der Bürgerausschuss einer Vorlage über die Errichtung einer Wandererherberge mit Arbeitsstätte und Obdachlosenanstalt zu. Die Stadt baut die ihr von der Reichsvermögensverwaltung mietweise überlassenen Stallgebäude 7 und 8 der Gottesauer Kaserne aus zu einer Wandererherberge, die mit Obdachlosenanstalt und Wandererarbeitsstätte verbunden ist. Die Kosten betragen 8000 Mark. Die Herberge wird an die Gemeinnützige Beschäftigungsstelle vermietet. Das Obdachlosenanstalt soll Raum für 40 Obdachlose besitzen, die weiblichen Obdachlosen sollen möglichst in anderen Anstalten aufgenommen werden. Das Asyl wird ebenfalls an genannte Stelle vermietet. In der Aussprache erklärte Bürgermeister Sauer, daß die Erlaubnis zum Ausschank von Alkohol aus Zweckmäßigkeitsgründen vorgesehen sei. Man dürfe in der Herberge kein Ausnahmegericht schaffen, um so weniger, als auch Leute in die Herberge kommen, die freiwillig das Institut benötigen.

Das Jugendheim in der Dragonerkaserne wird vom 1. April ab in städtische Verwaltung übernommen. Stadtverordneter Kappes (Soz.) führt als Jugendparror aus, der Leiter des Heimes müsse ein verständnisvoller und geschulter Heilpädagog sein. Vom Jugendamt erwartet man, daß ins Jugendheim kein bürokratischer Geist gebracht wird. Der Ratel, der der Fürsorge-Erziehung anhängt, müsse verschwinden, den Insassen des Jugendheimes solle lieber entgegengelommen und die Bemühungen des Leiters, die Jünglinge in Stellen unterzubringen, erleichtert werden.

Für bauliche Veränderungen im städt. Krankenhaus wurden 186 000 M. bewilligt. Der anderthalbstöckige Foliebau für Scharlach- und Diphtherierente im städt. Krankenhaus ist bei Epidemien als nicht genügend anzusehen. Er wird um ein zweites Stockwerk mit Liegehallen erweitert. Eine geschlossene Abteilung wird im Sautbau des Krankenhauses errichtet. Das Säuglingsheim am Hautbau wird im Mai nach der Sibyllenstraße verlegt.

Bürgermeister Klein schiedte die neue, nochmals zur Beschlußfassung gestellte Vorlage der Einführung der allgemeinen Wertzuwachssteuer. Darnach sollen auch die Liegenschaften, die nach dem 31. Dezember 1924 gekauft oder veräußert werden, künftighin dem Wertzuwachssteuergesetz unterliegen. Diese Änderung tritt mit Wirkung vom 1. April d. J. in Kraft. Während in der letzten Sitzung nur eine geringe Mehrheit für die Erweiterung der Wertzuwachssteuer vorhanden war, sprach sich diesmal nur der Redner der Bürgervereinsgruppe und der Liberal. Volkspartei dagegen aus. Die Steuer beträgt nach den Änderungen durch den Bürgerausschuss vom 22. Februar in Reichsmark: bei einer Eigentumsdauer bis zu 6 Monaten 50 Proz. des Wertzuwachses, von mehr als 6 Monaten bis zu 1 Jahr 40 Prozent, von mehr als 1 Jahr bis zu 2 Jahren 30 Prozent, von mehr als 2 Jahren bis zu 3 Jahren 25 Prozent, von mehr als 3 Jahren bis zu 4 Jahren 20 Prozent und von mehr als 4 Jahren bis zu 5 Jahren 15 Proz. des Wertzuwachses.

Aus der Landeshauptstadt

60. Geburtstag Albert Herzogs. Der frühere langjährige Chefredakteur der „Badischen Presse“, Albert Herzog, der jetzt in Warmen die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ leitet, feiert am 28. März seinen 60. Geburtstag. Er ist 1867 in Warmen geboren. Nach kurzer Tätigkeit in der heimischen Industrie wandte er sich der Journalistik zu. Im Jahre 1893 erfolgte seine Berufung nach Karlsruhe als Chefredakteur der „Badischen Presse“. Über 27 Jahre hat Herzog hier gewirkt. Im Sommer 1920 lehrte Herzog, der auch mehrere Jahre Vorsitzender des Vereins der Karlsruher Presse war, in seine alte Heimat nach Warmen zurück. Neben seiner angestrengten journalistischen Tätigkeit trat er auch als Dichter und Schriftsteller mit einigen Gedichtbänden, einem großen historischen Roman, zahlreichen dramatischen Festspielen und anderen Werken hervor. Erst vor kurzem erschien ein neues Buch aus seiner Feder, „Höhenwege des Lebens“, in dem er seine Welt- und Lebensanschauung zusammengefaßt hat.

Der Verein Karlsruher Presse (Karlsruher Journalisten- und Schriftsteller-Verein e. V.) hielt am Montag Abend im Protokoll seine Jahreshauptversammlung ab, die sehr gut besucht war. Dem geschäftlichen Teil voraus ging ein hochinteressanter Vortrag des Vereinsmitgliedes, Ministerialrat Dr. Bard über „Neue technische Methoden der Verbrechensbekämpfung“. Redner ging von der Tatsache aus, daß der intellektuelle Verbrecher sich heute aus ganz anderen Kreisen rekrutiert wie vor dem Kriege, wodurch eine gesteigerte Tätigkeit des verbrecherischen Willens und eine Leistungsfähigkeit erzielt werde, wie man sie früher nie gekannt hatte. An Hand eines vorzüglichen Anschauungsmaterials wies Herr Dr. Bard in etwa einstündigem Referat auf die modernen Methoden hin, die im Kampfe mit dem Verbrechertum angewendet werden, insbesondere auf die Fortschritte der Dactylokopie, der Fotizei-Photographie und des polizeilichen Rundverkehrs, wobei der Wert der Tätigkeit des akademischen Fachmannes neben der des Polizei-Fachmanns nachdrücklich hervorhebung fand. Der außerordentlich instruktive Vortrag wurde seitens der Anwesenden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Zur Tagesordnung erstattete hierauf der Vorsitzende des Vereins, Landtagsabgeordneter Dees, den Geschäftsbericht und der Redner, Redakteur Binder, den Geschäftsbericht, die beide ein erfreuliches Bild von der Entwicklung des Vereins Karlsruher Presse ergaben. Bei den Vorstandswahlen wurden folgende Herren einstimmig wiedergewählt: 1. Vorsitzender Generaldirektor und Landtagsabgeordneter Dees, stellv. Vorsitzender Chefredakteur Meyer (Badischer Beobachter), Schriftführer Herr v. Sedendorff (Pressestelle der Landeszentrale des Bad. Einzelhandels), Kassier Redakteur Binder (Bad. Presse), Beisitzer Chefredakteur Anand (Karlsruher Zeitung), Chefredakteur Dr. Schneider (Bad. Presse), Regierungsrat Weichmann (Presseabteilung des Bad. Ministeriums des Innern), Redakteur Winter (Volkstribüne) und Chefredakteur Stolz (Telegraphen-Union); neu in den Vorstand gewählt wurde Chefredakteur Steinfühl (Wolff Telegraphen-Büro). Im Anschluß an die Regularien gelangte eine Reihe interner Angelegenheiten des Vereins zur Aussprache, wobei sich volle Einmütigkeit in den Beschlüssen ergab.

Förderung der Innenkolonisation. Die Gründungsversammlung des Vereins zur Förderung der Innenkolonisation hat nunmehr in Karlsruhe stattgefunden und es sind ihm gegen 200 Personen beigetreten. In den Vorstand wurden Vertreter aller interessierten Berufsorganisationen und sonstigen Verbände gewählt. Das Siedlungsproblem wurde nochmals eingehend erörtert, nachdem Finanzrat Dr. Schenk ein von großem Wissen und praktischer Erfahrung zeugendes Referat über Geschichte und Möglichkeiten der Siedlung im deutschen Osten gehalten hatte.

Die Unterbringung der weiblichen Schulklassen. Zeitungsmitteilungen zufolge hat der Landesverband der Badischen Hausfrauenvereine in einer Besprechung am 3. d. M. beschlossen, Kurse für erwerbslose Jugendliche zu veranstalten, wie solche bereits in der Stadt Düsseldorf in vorbildlicher Weise durchgeführt wurden. Hierzu wird uns von zuständiger Seite mitgeteilt, daß der Zweigverein Karlsruhe des Badischen Frauenvereins vom Roten Kreuz mit Unterstützung des Stadt-Arbeitsamts bereits seit dem Jahre 1926 Näh- und Stickkurse für weibliche jugendliche Erwerbslose abhält. In diesen Kursen werden zur Zeit an 12 Wochentagen etwa 180 Mädchen in geeigneten Räumen der Süd- und Weststadt beschäftigt und angeleitet. In gleicher Weise beteiligt sich auch die Arbeiter-Bohlfahrt und der katholische Frauenbund bei der Unterbringung erwerbsloser Mädchen. Neben diesen Kursen hat der Badische Frauenverein bereits die Abhaltung von Kochkursen für erwerbslose Mädchen ins Auge gefaßt, und auch seine Vorschläge bereits dem Stadt-Arbeitsamt unterbreitet. Die Verhandlungen hierüber sind jedoch noch nicht abgeschlossen.

Zur Arbeitszeit- und Gehaltsbewegung der Eisenbahner. Eine stark besuchte Versammlung der Karlsruher Ortsgruppe des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands" stellte sich in einer einstimmig angenommenen Entschließung geschlossen hinter die Forderungen auf Wiedereinführung des Achtstundentages und allgemein ausreichende Erhöhung der Löhne und Gehälter.

Bad. Konservatorium für Musik. Am Vorabend von Beethoven's 100. Todestag (Freitag den 25. März, abends 8 Uhr) wird das Bad. Konservatorium für Musik mit seinem vorgeführten Schülern im Bürgeraal des Rathhauses eine Gedächtniskonzert veranstalten, das neben drei Instrumental- und Kompositionen eine Reihe seiner bedeutendsten Lieder, unter anderem die sechs geistlichen Gesänge nach Texten von Gellert bringen wird. Durch den sehr mäßigen Eintrittspreis wird der Besuch dieses reichhaltigen Konzertes jedem Musikinteressenten zugänglich gemacht.

Für die Jugendhilfe. Unser kostbares Gut sind unsere Kinder, und es ist daher ganz naturgemäß, alles zu tun, um unsere Kinder geistig und körperlich zu kräftigen. Besondere Anerkennung verdienen diejenigen Korporationen, die die Jugendhilfe auf ihre Fahnen geschrieben haben. Ihnen in ihrem edlen Werk zu helfen, ist Pflicht der Allgemeinheit. In diesem Geiste findet in der Zeit vom 21. bis 28. Mai d. J. in der Stadt, Ausstellungshalle und auf dem anschließenden Festplatz ein „Jahrmarsch für Jung und Alt“ zu Gunsten des Karlsruher Kindersolbades in Donaueschingen statt. Das Modehaus Hugo Landauer hier hat sich bereit erklärt, in den prächtigen Räumen des Hotels Germania Modenschauen abzuhalten und den größten Teil der Eintrittsgelder dem Verein Jugendhilfe für das zu erbauende Kindersolbad zu überweisen. Möge dieses gute Beispiel ein Ansporn sein, daß auch andere Firmen einen Baustein zum Bau beitragen.

Gültigkeit der Sonntagsarten über Ostern. Über Ostern gelten die Sonntagsarten bereits von Gründonnerstag an. Die Rückfahrt muß spätestens am Dienstag nach Ostern bis 9 Uhr vormittags angetreten sein und darf unterwegs nicht mehr unterbrochen werden.

Kurze Nachrichten aus Baden

Nr. 7 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat folgenden Inhalt: Verordnung des Ministers des Innern über die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen.

M. Freiburg, 23. März. Am 25. März begeht Fräulein Luise Kirchgässner im evangelischen Stift in Freiburg in geistiger und körperlicher Mithilfe ihren 90. Geburtstag. Die alte Dame führte in den 60-80er Jahren in Freiburg ein durch zielbewusste Leitung und durch die Mitarbeit hervorragender Lehrer ausgezeichnetes Töchterpensionat, das sie später nach Dresden verlegte, und mit dem bis zur Errichtung der städtischen höheren Töchterchule auch eine Mädchenschule verbunden war.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung
Gewährung von **Borzugsrenten**, hier Anweisung über das **Ländervorzugsrentenverfahren.**

In Ergänzung der Bekanntmachung vom 8. Oktober 1926 (Staatsanzeiger Nr. 236 vom 12. Oktober 1926) wird be-

stimmt, daß Beschwerdeinstanz gegen die Entscheidungen der Ausschüsse für Borzugsrenten über die Bedürftigkeit, das Wohnen im Inland und die deutsche Staatsangehörigkeit der Antragsteller die mit Erlass vom 27. November 1925 Nr. 127 206 (Staatsanzeiger Nr. 6 vom 8. Januar 1926) bei den Landeskommissionen gebildeten Obergerichtsstellen für Borzugsrenten sind.

Karlsruhe, den 21. März 1927.
Der Minister des Innern
Remmle

Bekanntmachung

Sammlungen.
Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 15. Februar 1917 über Wohlfahrtspflege (Reichsgesetzblatt Seite 143) und der badischen Vollzugsverordnung hierzu vom 24. Februar 1917 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 49) wird dem Badischen Landesverein vom Roten Kreuz in Karlsruhe, Stefanienstraße 74, und seinen Untervereinigungen die Erlaubnis erteilt, im Lande Baden am Sonntag, den 12. Juni 1927 im Rahmen des „Volkstages“ Straßensammlungen, Konzerte, Verkauf von Blumen, Vorträge und ähnliche Werberveranstaltungen zugunsten der Aufgaben des Roten Kreuzes durchzuführen. Zu Sammlungen von Haus zu Haus und auf öffentlichen Straßen und Plätzen ist noch die besondere Erlaubnis des zuständigen Bezirksamtes einzuholen.

Kinder und Jugendliche unter 16 Jahren dürfen als Sammler nicht verwendet werden.

Karlsruhe, den 21. März 1927.

Der Minister des Innern
F. W. Hörenbach.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurufbeförderungen usw. der planmäßigen Beamten

Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern

Befördert:

Rangassistent Alfons Berg beim Bezirksamt Mosbach zu jenem in Karlsruhe unter Ernennung zum Verwaltungsassistenten.

Ministerium des Kultus und Unterrichts

In den Ruhestand versetzt auf Ansuchen:

Hauptlehrer Walter Geiser in Söllingen, Amt Karlsruhe.

Herr Bürgermeister vergessen Sie nicht das Buch Dr. Lempen Der Geburtshelfer für Ihre Gemeinde sofort zu bestellen

Frühlings-Neuheiten
in
HERREN-STOFFEN
Die neuesten Bindungen u. Farbentöne in unvergleichlicher Auswahl u. Preiswürdigkeit
Echte irische Donegals
Leipheimer & Mende

vor dem Amtsgericht hier, 2. Stod. Zimmer Nr. 131. Der Gegenstand der Konkursmasse besitzt oder zur Masse etwas schuldet, darf nichts mehr an die Gemeinschuldnerin leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist dem Konkursverwalter bis 20. April 1927 anzugeben.
Karlsruhe, 15. 3. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A 8.



Badisches Landestheater
Donnerstag, 24. März 1927
*D (Donnerstagmiete)
Th.-Gem. 1001-1100

Paulus unter den Juden
von Franz Werfel

In Szene gef. v. J. Baumbach
Marullus Kloeble
Aulus Plautius Hofbauer
Pinchas Müller
Der Hohepriester Prüiter
Chanah Dahlen
Matthias Bock
Rabban Gamaliel Herz
Rabbi Schimon Zeitgeb
Rabbi Jaddok v. d. Trend
Rabbi Huna Höder
Rabbi Meir Schneider
Der Rabbi Beschwörer Brand

Ein Schüler Gamaliels Möderl
Ein Schüler Jaddok's Weidner
Jakobus Gemmede
Simon Petrus Kienischer
Barnabas Graf
Paulus Hierl
Eine Nazareerin Frauendorfer

Einzelne
Nöm. Soldaten Kubne
Galiläischer Mann Wehner
Galiläische Frau Genter
Galiläischer Knabe Dennig
Priestervorsteher Brand
Eiferer Dr. Storz
Ein Revite Weidner
Anfang 7½, Ende geg. 10½,
I. Speeritz Nr. 5.—
Fr. 25. März Tiefstand
Sa. 26. März Die Welt,
in der man sich langweilt
Vorankündigung:
Mi. 30. März Uraufführung
Thomas Painé von H. Joffe

Modenschau
zugunsten des Karlsruher Kindersolbades in Donaueschingen
im
Germania Hotel
am 25. und 26. März jeweils 4 Uhr und abends 8 Uhr
Abends anschließend Modenball
Vorführende Firmen:
Damen-Moden Hugo Landauer
Damen-Hüte am 25. März . E. Hebenstreit
Geschw. Schneider
B. & H. Baer
Damen-Hüte am 26. März . Geschw. Gutmann
Schuhe Schuhhaus Simon
Strümpfe Julius Strauss
Künstlerische Darbietungen:
Conferenc: Herr Dir. Hans Blum,
Fräulein Else Blank, Karlheinz Löser
vom Bad. Landestheater
Eintrittskarten nachmittags 3.— Mark einschließlich Tee und Kuchen,
abends 4.— Mark einschließlich Zehrung und Tanz
Kartenvorverkauf im Hotel Germania und bei allen beteiligten Firmen

Murgbahn Klosterreichenbach—Raumünzach
Bergebung von Bauarbeiten.
Die Arbeiten von Los VII (bad.) sind zu vergeben und zwar: 20 500 cbm Erd- und Felsarbeiten, 21 500 qm Einbahnarbeiten, 2400 cbm Abdeckung von Mutterboden, 1800 cbm Betonierungsarbeiten, Herstellung von 2000 cbm Bahn- und Begleitort sowie sonstige kleinere Nebenarbeiten. § 141
Die Unterlagen liegen bei der unterzeichneten Stelle auf, Verwendungen nach auswärts finden nicht statt.
Angebote sind an diese mit entsprechender Aufschrift bis 5. April 1927, vormittags 10.30 Uhr, zu richten. Zu dieser Zeit findet die Eröffnung statt.
Zuschlagsfrist 14 Tage.
Freudenstadt, den 22. März 1927.
Eisenbahnbauprüfung.

Aufgebot.
N. 143. Karlsruhe.
Rechtsanwalt Emil Müller in Karlsruhe als Bevollmächtigter der Fräulein Helene Müller in Basel, Friedenstr. 23, hat das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung der 3/4 % badischen Schuldverschreibung von 1879 VII. B. Nr. 7119 über 1000 M. beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf:

Kinderschuh-Fabrik „Badenia“ in Karlsruhe wurde nach Abhaltung des Schlußtermins und Vornahme der Schlußverteilung aufgehoben.
Karlsruhe, 19. 3. 1927.
Gerichtsschreiber
Bad. Amtsgerichts A. 6.

N. 144. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Winterhalder & Nische, G. m. b. H., Eisenbeton in Karlsruhe, Kriegstr. 124, wurde heute mittags 12 Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Rechtsanwalt Steinel in Karlsruhe. Konkursforderungen sind bis zum 20. April 1927 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entschlieung über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Donnerstag, den 7. April 1927, nachmittags 4 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am Freitag, den 29. April 1927, nachmittags 5 Uhr,

Sicherer Ziehung!
25. III. 1927
Bad. Rote Kreuz
Geld-Lotterie:
12500
5000
4000
Preis 1 = Porto u. Liste 25 Pf
Stürmer
MANNHEIM | POSTSCH. KTG. KARLSRUHE
• 07. 11 • | 17043
Hier bei: E. Zwerg, Brunnerl, J. Kern, H. Fritz, K. Maier, A. Marlin, L. Wolf
212

Detektiv-Inst. u. Privat-Diagnostik
Argus Mannheim
O. 6. 6
Plancken
Schloßstraße 33303
A. Maier & Co., G. m. b. H.

Druid G. Braun, Karlsruhe